

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 312 | 05/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

ARBEITER*INNEN & JUGENDLICHE: ORGANISIEREN & KÄMPFEN!



AUS DEM INHALT

- » Ist die **SPÖ-Vorsitz-Wahl** ein letztes Aufbäumen oder echter Neubeginn für eine Partei der Arbeiter*innen und Jugendlichen? **Seite 4**
- » Eine Reihe von **Streiks** – v.a. auch in Deutschland – zeigen, dass politische und wirtschaftliche Themen nicht zu trennen sind. **Seite 16**
- » Droht angesichts der tiefen politischen Krise die nächste **schwarz-blaue Regierung**? Und wie können wir das verhindern? **Seite 5**

**WER
WIR
SIND**



» **Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische Linkspartei).** Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung - und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen - und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine

Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der "International Socialist Alternative" (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam - und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Brigittenau 1

jeweils Mittwoch, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Wegen Corona können die Treffen unterschiedlich stattfinden. Aktuelle Infos unter slp.at/kalender, Einwahldaten für Online-Treffen unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 2560000000008812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

12.5.: Tag der Pflege

Am **Internationalen Tag der Pflege** werden wir gemeinsam mit anderen öffentliche Aktionen organisieren um auf die katastrophale Situation im Gesundheits- und Sozialbereich aufmerksam zu machen.

Der 12.5. muss zum Kampftag für mehr Lohn, Personal und Ressourcen für den gesamten Gesundheitsbereich werden!

Ort und Zeit folgen auf unseren Sozialen Medien

Ohne Werkzeug ist es schwer...

von Sonja Grusch

Zum Suppe essen ist ein Löffel hilfreicher als eine Gabel. Ein Nagel lässt sich mittels Hammer besser einschlagen als mit einer Säge. Um etwas gut machen zu können, braucht es das richtige Werkzeug. Das gilt auch "in der Politik". Die Industriellenvereinigung ist nicht die richtige Organisation für kleine Bio-Bäuer*innen. Die Arbeiter*innenklasse – also Beschäftigte in Handel, Pflege, Bildungswesen, Industrie und Gewerbe und auch die dazugehörigen Familien – hat aktuell kein Werkzeug, um ihre Interessen umzusetzen. Die Gewerkschaften sind viel zu brav. Und eine Arbeiter*innenpartei gibt es, seit die SPÖ eine weitere bürgerliche Partei wurde, keine.

5 Finger kann man brechen – eine Faust aber nicht!

Das bedeutet das die Arbeiter*innenklasse hierzulande nun schon seit mehreren Jahrzehnten ohne politische Organisation dasteht. Wer aber unorganisiert ist, steht den Angriffen die von Unternehmen und Regierungen in immer engerer Taktung kommen, schutzlos gegenüber. Wenn es Widerstand gibt, ist dieser oft punktuell, in einem Betrieb oder auch einer Region. Themen werden nicht verbunden, obwohl doch das Aushungern von Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich sehr ähnliche Ursachen und Folgen hat. Einzelkämpfer*innen sind heroisch aber wieviel mehr ist möglich wenn wir die Kräfte bündeln!

Stellen wir uns doch vor die Klimaprotesten werden gemeinsam mit den Beschäftigten der öffentlichen Verkehrsmittel geführt mit dem Ziel von mehr Beschäftigten, mehr Ressourcen und Nulltarif. Und das Ganze wird wie in Frankreich ausgeweitet durch Massenstreiks zur Übernahme der Energiekonzerne durch die öffentliche Hand, organisiert und verwaltet durch Beschäftigte und Konsument*innen:

dann erhält Energie, wer sie braucht, niemand friert, weil niemand Profiteure macht und die Umwelt kann auch geschützt werden.

Werkzeug schärfen, anpassen, ersetzen

Eine Partei ist ein Werkzeug. Wenn es nicht mehr passt, kann man versuchen es anzupassen oder wenn es stumpf geworden ist, wieder zu schärfen. Das ist die Hoffnung der in der SPÖ verbliebenen Linken in Bezug auf Andreas Babler. Die SPÖ wieder "zurück" zu gewinnen, wieder zum Werkzeug für die Kämpfe der Arbeiter*innenklasse zu machen. Die Erfahrungen – historisch wie international – zeigen, dass diese Perspektive eher unwahrscheinlich ist. Sollte ich mich irren dann hätten wir es mit einer gänzlich anderen SPÖ zu tun, in der kein Stein auf dem anderen geblieben ist. Sollten sich mein "Pessimismus" aber bewahrheiten dann macht das die Notwendigkeit, eine echte Arbeiter*innenpartei aufzubauen um so dringender. Gibt es diese nämlich nicht, kann die extreme Rechte das Vakuum füllen.

Doch eine solche muss eine Kampfpartei sein – in ihren Wurzeln und ihrer Ausrichtung. Sie wird nicht das Ergebnis von Verhandlungen am runden Tisch sein, sondern muss aus den Protesten und Kämpfen der Arbeiter*innenklasse in all ihrer Vielfalt entstehen. Und sie muss Sprachrohr und Trägerin dieser Kämpfe sein. Wie wird nicht nur der Zusammenschluss von "progressiven" Promis sein können sondern braucht echte Wurzeln unter den wütenden Pfleger*innen, den aufständischen Lehrer*innen und den Industriebeschäftigten, die sich für echte Lohnerhöhungen stark gemacht haben. Weil es braucht das richtige Werkzeug und jene, die es auch einsetzen!





Babler – eine Chance für die Linke?

von ISA-Bundesleitung

Die politische Krise spitzt sich zu. Teuerung, Klimawandel, Pflegekrise, Sexismus und Rassismus sind tägliche Bedrohungen und die Regierung hat keine Antworten, sondern verschärft die Probleme noch. Im Mangel von Alternativen profitiert nur die FPÖ. Vor diesem Hintergrund ist die Kandidatur von Andreas Babler für den SPÖ-Vorsitz eine Chance, sozialistische Antworten in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen und Widerstand von unten aufzubauen. Rasch zeigte sich Begeisterung für seine Kandidatur: über 9.000 sind in nur wenigen Tagen in die SPÖ eingetreten, seine Veranstaltung sind überfüllt. Gleichzeitig birgt ein Scheitern von Babler auch die Gefahr, viele enttäuscht zurückzulassen.

Entscheidend: Klassenkampf und Widerstand von unten

Ein Wahlsieg von Babler würde die politische Sackgasse der Linken nicht automatisch beenden. Die Stärke der Rechten und die Kürzungspolitik der Regierung liegen nicht in erster Linie an fehlender linker Präsenz im Parlament, sondern am Fehlen von Klassenkampf und sozialen Bewegungen. Es liegt nicht nur an der fehlenden linken Alternative, dass die FPÖ wächst, sondern auch daran, dass es in Österreich (im Gegensatz zu z.B. Frankreich) wenig Erfahrung mit Widerstand von unten gibt. In Kombination mit einer Gewerkschaftsführung

die auf "unsere Leute zuerst" Logik setzt fördert das rassistische Pseudo-Lösungen. Jede linke politische Alternative muss es sich zur Aufgabe machen, echten Widerstand von unten aufzubauen. Babler muss seinen Slogan der "Politik von unten" ernst nehmen und darf sich nicht auf das Werben innerhalb der SPÖ beschränken sondern sollte die Kampagne von Anfang an nützen, um eine breitere Bewegung aufzubauen (von SPÖ-Mitgliedern und Gewerkschafter*innen, Klimaaktivist*innen, Feminist*innen und Sozialist*innen außerhalb) – z.B. durch Protestkundgebungen gegen Teuerung, Pflegenotstand und Rechtsruck, betriebliche Aktionen für Arbeitszeitverkürzung, Mobilisierungen für eine Vermögenssteuer, Aktivist*innenkonferenzen zur Einbindung usw.

Die Vorsitzwahl darf nur eine Etappe werden

Der Aufbau so einer Bewegung ist auch entscheidend für die Zukunft – unabhängig davon, ob Babler die Wahl gewinnt. Wenn er verliert besteht sonst die Gefahr, dass die große politische Aufmerksamkeit verloren

geht oder sich Aktivist*innen in einem hoffnungslosen Versuch die SPÖ gegen einen allmächtigen Apparat zu verändern aufreiben. Aber auch wenn Babler die Wahl gewinnt, kann das nur eine Etappe sein. Wenn er bei einem halbwegs kämpferischen und unangepassten Kurs bleibt, wird er das gesamte Partei-Establishment gegen sich haben (siehe Corbyn). Es bräuhete eine komplette Umgestaltung und Demokratisierung der gesamten Partei, um sie tatsächlich weg von einem bürokratischen Wahlverein zu einer Kampfpartei für Beschäftigte und Jugendliche zu machen. Auch dafür ist der Aufbau einer breiten Bewegung außerhalb entscheidend, die nicht auf Wahlen wartet, sondern täglich den Kampf um notwendige Veränderungen führt. Wir beobachten und unterstützen Bablers Kandidatur da wir sie als möglichen Fortschritt für den Aufbau einer kämpferischen Arbeiter*innenbewegung sehen, und werden uns an jedem Versuch eine solche Bewegung aufzubauen beteiligen. Aber gleichzeitig warnen wir davor, dass sich ohne den Aufbau einer echten Bewegung wenig an der SPÖ und der politischen Situation insgesamt in Österreich ändern wird.

Info

2015 wurde der Sozialist Jeremy Corbyn zum Vorsitzenden der Labour Party in Britannien gewählt. Sein sehr linkes Programm inspirierte Hunderttausende zum Beitritt. Auch in Umfragen setzte die Partei zu Höhenflügen an. Gleichzeitig war

er von Anfang an Angriffen des rechten Parteiapparates ausgesetzt. Er setzte auf Kompromisse statt grundsätzlicher Veränderung – das führte schließlich zu Wahlniederlagen und seinem Rücktritt.

Droht ÖVP-FPÖ Nr. 4?

beide Artikel von Severin Berger

In Oberösterreich und seit Ende März auch in Niederösterreich führen schwarz-blaue Koalitionen die Landesregierungen an. Auf Bundesebene gab es das zuletzt mit Schwarz-Blau 3 von 2019 bis zur spektakulären Sprengung der Regierung im Zuge des Ibiza-Skandals. Aktuelle Sonntagsumfragen sehen die FPÖ bundesweit auf Platz eins, und Schwarz-Blau 4 wäre dadurch leicht möglich. Doch ist das auch politisch momentan eine realistische Option?

Bis vor kurzem sind sowohl ÖVP als auch FPÖ noch einen ablehnenden Kurs bei dem Thema gefahren, aufgrund der Coronapolitik der momentanen Regierung und der Frage des Ukraine-Kriegs.

Doch in den letzten Wochen gibt es immer mehr Anzeichen in eine andere Richtung. Für die ÖVP als klassische Partei der Reichen wird diese Entscheidung eine schwierige sein, denn einem Teil des Kapitals in Österreich wäre diese Regierungskoalition aufgrund der politischen Instabilität und des Risikos der Unberechenbarkeit



nicht die liebste. So hat gerade erst das ÖVP-getriebene Veto Österreichs beim Schengen Beitritt Bulgariens und Rumäniens hier sehr sauer aufgestoßen: Wohl ein Manöver der ÖVP vor der Wahl in Niederösterreich, um der FPÖ Wähler*innen wieder abzuja-gen. Rechtspopulistische Wahlkalküle der ÖVP werden sich künftig wohl häufen, in der Hoffnung, sich an der Macht zu halten. Gleichzeitig ist sie abhängig von den großen Fischen, die die Wirtschaft kontrollieren, die Wahlumfragen aber nur in einem kleineren Ausmaß.

Die Industriellenvereinigung sprach sich in den letzten Monaten

gleich mehrmals gegen den Kurs der FPÖ aus. Allen voran beim Thema Ukraine-Krise auf "moralischer" Ebene, gleichzeitig sind aber Teile des Kapitals wieder in Einklang mit der FPÖ, wenn es um die Ablehnung der Sanktionen gegen Russland geht. Und so konnte die FPÖ auch für Kapitalvertreter*innen trotz wirrer Corona-Positionen wieder aus dem Schmutzdeckel kommen.

Auch wenn instabil, so bedeutet eine ÖVP-FPÖ-Koalition nicht nur Machterhalt für die ÖVP, sondern auch eine enorme Kürzungspolitik und Fokus auf die nationale Wirtschaft was zumindest Teilen des Kapitals entgegen kommt!

Herrschaft des Schreckens verhindern

Was würde Schwarz-Blau 4 reell bedeuten: ein Blick in die Vergangenheit lässt bängen: Bei Sozialstaat, Bildung, Jugend- und Frauenpolitik und noch in vielen anderen Bereichen wurde gekürzt. Das traf alle, die nicht zum reichen Klientel von ÖVP/FPÖ gehören. Zum Beispiel die Kürzung der Mindestsicherung und die Verknüpfung der Sozialhilfe mit Sprachkenntnissen. Die Kürzung der Wohnbeihilfen hat v.a. Frauen und Kinder sehr stark getroffen – das passt für FPÖ-ÖVP zu ihrer Ansicht einer "traditionellen" Familie. Wieder zeigt sich, dass die

FPÖ genauso eine Partei der Reichen ist, mit engen Verbindungen zu Waffenhersteller*innen, Immobilienspekulant*innen, Finanzdienstleistungsinstituten. In deren Interesse schafft sie mehr Möglichkeiten, die Beschäftigten stärker auszubeuten, begleitet auf politischer Ebene durch die ideologische Grundlage für Sozialabbau und Spaltung in der Gesellschaft.

Sieht man sich die Entwicklungen der internationalen Rechten an, wird ein Angriff auf das Recht auf Abtreibung wie auch die Rechte von queeren, vor allem Trans-Personen, wohl

ganz oben auf der Agenda stehen.

Um ÖVP-FPÖ zu verhindern braucht es eine echte Alternative auf linker Seite. Wir müssen schon jetzt Widerstand zu dieser Politik und jeden Angriff auf Teile der Arbeiter*innenklasse aufbauen. Und hier gibt es viele Ansätze: die Proteste im Gesundheits- und Sozialbereich, im Bildungswesen und bei den diversen Kollektivvertragsverhandlungen wie auch die Klimaproteste, die Verteidigung von Frauen- und Queer-Rechten.

Gewerkschaften aus der Geiselhaft der SPÖ befreien!

von Albert Kropf

Die derzeitige Krise der SPÖ betrifft auch die Gewerkschaften. Seit 30 Jahren sind sie in der ungebrochenen Treue ihrer Führung zu dieser durch die „Verbürgerlichung“ verstümmelten SPÖ gefangen – einer SPÖ die sich nur in ihrer Geschichte, nicht ihrer Politik von den anderen bürgerlichen Parteien unterscheidet. In der Hoffnung auf Belohnung durch gute Jobs (Parlament, Landtage, Gemeinderäte, Aufsichtsräte etc.) und ein paar Brosamen für die Beschäftigten versucht die ÖGB-Bürokratie die SPÖ ungebrochen als einzige wählbare Alternative für uns zu präsentieren. Das Resultat ist ernüchternd: die SPÖ an der Regierung nimmt nicht nur die Angriffe der vorigen Regierungen nicht zurück, sie geht sogar deren Weg weiter. Die Gewerkschaften bringen der SPÖ zwar viele Stimmen bei Wahlen, erhalten aber demgegenüber kaum mehr politische Zugeständnisse. Ganz im Gegenteil, der Einfluss der SPÖ dämpft die Gewerkschaftsaktivitäten und schadet uns damit massiv!

ÖGB-Führung hat keinen Plan für die Krise

Wir sehen das derzeit konkret in der Hilfslosigkeit von sowohl SPÖ als auch ÖGB bei der Preisexplosion in Österreich. Beide fordern im Gleichklang „Preissenkungen“, allerdings hören wir nichts von Lohnerhöhungen, die die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaften wären. Alle Kollektivvertragserhöhungen liegen deutlich sogar unter der offiziellen Inflationsrate. Bis auf Presseaussendungen rührt der ÖGB keinen Finger im Kampf weder für höhere Löhne noch für Preissenkungen. Eine Alibi-Mobilisierung zum Dampfablassen im Herbst 2022 wurde so zum fürchterlichen Rohrkrepiere. Stattdessen verträsten sie uns mit Forderungen auf „Almosen“ in Form von Sozialhilfe, Einmalzahlungen und

Unterstützungen für jene, bei denen es sich finanziell gar nicht mehr ausgeht und die sich das Leben nicht mehr leisten können. Das ist kein Zufall, sondern politischer Ausdruck der Geiselhaft, in der sich die Gewerkschaften befinden. Die SPÖ kann sich damit der Wirtschaft als Garant für sozialen Frieden und als gemäßigte, kontrollierbare Kraft präsentieren. Mit den Gewerkschaften an der kurzen Leine, kann sie die Arbeiter*innenklasse ruhig halten und soziale Explosionen wie in Frankreich verhindern. Das ist ein großes Versprechen an die Unternehmen, aber keins für die Beschäftigten! Das zeigt, dass die ÖGB-Führung außer ein abstraktes „verhandeln“ kein Konzept hat.

Gewerkschaften sind mehr als ihre Führung!

Gewerkschaften können aufgrund ihrer Rolle und ihrer Verankerung in der Arbeiter*innenklasse nicht 1:1 verbürgerlichen wie etwa Parteien. Sie können aber an Bedeutung verlieren und von anderen Organisationen überholt und an den Rand gedrückt werden. Grundsätzlich vertreten wir als Marxist*innen eine größtmögliche gewerkschaftliche Einheit. Wir verstehen aber auch, wenn sich Beschäftigte wegen der Politik des Nichtstuns und Verträstens von den Gewerkschaften abwenden. Oft sind es die kritischen Kolleg*innen, die nicht mehr bei- oder sogar austreten. Mit ihnen gemeinsam müssen wir eine Perspektive für eine kämpferische, demokratische Gewerkschaftspolitik entwickeln, gemeinsam kämpfen und gemeinsam die Gewerkschaften zurückgewinnen. Unserer Forderungen nach “Urabstimmungen für Verhandlungsergebnisse”, “keine Verhandlungen hinter geschlossenen Türen” und “Durchschnittslohn für Gewerkschaftsfunktionär*innen” sind auch dabei zentral, wieder ein Vertrauen in die Gewerkschaften als

„unsere“ Organisation aufzubauen.

Zentral ist dafür auch, die Gewerkschaften von der SPÖ zu trennen, da kämpferische Gewerkschaftspolitik sich laufend gegen die Politik der SPÖ, wo immer sie an der Macht ist und Kürzungspolitik betreibt, richten muss. Gewerkschaften sollten nicht “unpolitisch” sein, sondern sie brauchen politische Bündnispartner, die 100% auf Seiten der Arbeiter*innen stehen. Die Auseinandersetzung rund um eine andere, kämpferische Gewerkschaftspolitik und Überwindung der Geiselhaft durch die SPÖ ist auch der Schlüssel hin zum Aufbau einer neuen Arbeiter*innen-Partei.

Info

Trotz ihrer bürgerlichen Führung haben bis zu in die 1990er Jahre soziale und gesellschaftliche Kämpfe tief in die SPÖ hineingewirkt und ihre Politik und Programmatik mitbestimmt. Die Reformpolitik der 1970er Jahre unter Bruno Kreisky waren keine bloßen Reformen von oben für die vielen Menschen da unten. Sie standen im Austausch mit einer sich seit Ende der 1960er Jahren zunehmend politisierenden Gesellschaft, vor allem der Jugend. Aktivist*innen aus Bewegungen, den Betrieben und Gewerkschaften brachten die Forderungen und Ideen der Menschen in die SPÖ ein. Sie war damit eine lebende Partei mit aktiven Gliederungen in viele Lebensbereiche der Menschen: von den Kinderfreunden, unterschiedlichen Berufs- und Freizeitvertretungen, den Gewerkschaften bis hin zum Sterbeverein. Ausdruck findet die „Verbürgerlichung“ der SPÖ heute in den entleerten Parteistrukturen, dem Absturz der Mitgliederzahlen von 700.000 auf knapp über 120.000 heute und dem Bedeutungsverlust vieler ihrer Vorfeldorganisationen.

Wohin geht die Pflegeausbildung?

von Karin Wottawa und Katja Strajka

Wenn man an Pflege denkt, haben viele im Kopf, dass das „später einmal sein wird“. Tatsächlich brauchen wir Pflege aber alle, wenn ein Baby kommt, bei einer OP, selbst bei einem ambulanten Aufenthalt und erst recht, wenn ältere Menschen Pflege brauchen. Dafür ist die Frage einer hochwertigen Ausbildung zentral. Aktuell passiert aber das Gegenteil: durch die immer weitere Aufspaltung des Pflegeberufes (Studium, Pflegefachassistenz, Pflegeassistenz, bald vielleicht Pflegelehre) wird die Pflege weniger „ganzheitlich“ und schlechter ausgebildete Beschäftigte bekommen immer mehr Verantwortungen (ohne entsprechend mehr Geld). Andererseits macht die allgemeine Krise der Branche die Ausbildung immer unattraktiver und schlechter – wenn Pfleger*innen sowieso schon völlig überfordert sind und Auszubildende als gratis Arbeitskräfte erhalten müssen, wie soll dann genug Zeit für die Ausbildung von Praktikant*innen



und neuem Personal bleiben?

Dahinter steckt eine Politik, die Pflege vor allem als Kostenfaktor sieht und die das System ausbluten und privatisieren will. Eine tatsächliche Verbesserung der Pflegeausbildung bräuchte tatsächlich nicht weniger als eine Revolutionierung der Branche. V.a. damit Leute den Job wählen, brauchen wir natürlich eine Bezahlung während der Ausbildung, von der man leben kann (in der Pflegeausbildung sind Praktika noch immer unbezahlt, während die Polizei 2.000 Brutto ab dem ersten Tag zahlt). Vor allem braucht es Milliardeninvestitionen in den gesamten Sektor (mehr Personal, weniger administrative Aufgaben, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Gehalt,

usw.). Nur dadurch kann der Sektor so funktionieren, dass tatsächlich genug Zeit für eine theoretische und praxisnahe Ausbildung bleibt und vor allem, dass Kolleg*innen auch so arbeiten können, wie es in der Ausbildung gelernt wird – nämlich die Patient*innen ganzheitlich versorgen, anstatt wie am Fließband abzufertigen (so würden auch mehr im Job bleiben). Dabei muss die Pflegeausbildung auch genau diese ganzheitliche Pflege im Zentrum haben, anstatt die Aufgabenbereiche immer weiter aufzusplitten.

Uns muss natürlich klar sein, dass die Regierung so weitreichende Veränderungen nicht freiwillig hergeben wird – dafür brauchen wir eine starke Bewegung von unten.

12.5.: Tag der Pflege zum Kampftag machen

Am internationalen Tag der Pflege sind ISA Sektionen weltweit unter dem Slogan „Unsere Gesundheit – Ihre Krisen: Widerstand, um zu gewinnen“ aktiv. International kämpfen Beschäftigte im Gesundheitsbereich um ihre Rechte – von den Streiks an der Berliner Charité über Britannien bis Indien. Leider bleiben die zuständigen Gewerkschaften in Österreich träge. Umso wichtiger ist es, dass wir nicht auf oben warten, sondern uns selbst organisieren. Schon jetzt gibt es zahlreiche Initiativen in der Branche von „Sozial, aber nicht blöd“ über

„Bessere Schule jetzt“ bis zur „Liste Solidarität“. In Österreich nutzen wir den Tag der Pflege, um unterschiedliche Aktive zusammenzubringen und uns zu organisieren.

Dabei ist für uns auch die gesamtgesellschaftliche Bedeutung dieses Kampfes zentral – Verbesserungen in der Branche sind gut für alle und insbesondere für Frauen und andere benachteiligte Gruppen. Deshalb brauchen wir den gemeinsamen Kampf von Beschäftigten und Betroffenen in Österreich z.B. zwischen Basisinitiativen von Beschäftigten und Initiativen wie

„Change for the Youth“ (eine Gruppe an Jugendlichen, die sich für bessere Versorgung für mentale Gesundheit einsetzt). Dieser Kampf ist untrennbar mit dem Kampf um eine grundsätzliche Systemveränderung verbunden, denn im Kapitalismus werden Profite immer wichtiger als eine angemessene Versorgung sein. Dazu fordern wir in unserer internationalen Kampagne: „Für eine Gesellschaft, in der die Gesundheit der Vielen und nicht die Profite der Wenigen zentral ist – eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen Krise!“

ROSA in Salzburg gegen Sexismus aktiv

von Andrea Gasperlmair

Seit Herbst 2022 finden auch in Salzburg regelmäßig ROSA-Treffen und Aktionen statt. In den Treffen wurden aktuelle Themen wie Queerfeindlichkeit aber auch die Geschichte der schwarzen Bürger*innenrechtsbewegung in den USA, und wichtige feministische Forderungen für unsere politische Arbeit diskutiert. Wir organisierten eine Protest-Kundgebung gegen den „Marsch fürs Leben“ von frauenfeindlichen Abtreibungsgegner*innen, bei der junge ROSA-Aktivist*innen Reden hielten und Diskussionen führten. Im Frühjahr 2023 veröffentlichten wir schließlich unsere Kampagne „Ein Bierdeckel ist nicht genug“, welche ihren Fokus auf sexualisierte Gewalt im Nachtleben in Salzburg setzt.

„Durch die schlechte Bezahlung in der Nachtgastronomie sind die Beschäftigten auf Trinkgeld angewiesen



und können so lästige Gäste nicht einfach verweisen. Dies darf nicht länger toleriert werden...Die Kampagne „Ein Bierdeckel ist nicht genug“ wurde von ROSA initiiert, um aufzuzeigen, wie tief Sexismus in unserer Gesellschaft verankert ist und stellt konkrete Forderungen auf, wie wir gemeinsam für eine Zukunft ohne sexualisierte Gewalt kämpfen können.“

Es wurden klare Forderungen aufgestellt, z.B. nach bezahlten Schulungen, um Personal auf geeignetes Verhalten bei Vorfällen innerhalb der Arbeit auszubilden. Forderungen sind auch „Erhöhung der Stundenlöhne auf 15 €, damit Beschäftigte nicht auf

das Trinkgeld (übergriffiger) Kunden angewiesen sind.“, „Einstellung von mehr Personal, damit dieses überhaupt die Zeit hat, auf Belästigungsfälle zu reagieren.“ und „Organisation und Kostenübernahme für eine sichere Heimreise des Personals“.

Des Weiteren wurde im Zuge der Kampagne eine Online-Umfrage erstellt, welche die Hotspots von sexueller Belästigung in Salzburg ermitteln soll. Nach reger Teilnahme lässt sich bereits feststellen, dass es in gewissen Lokaltäten eine Häufung von Vorfällen gibt. Nun steht es in unserer Aufgabe, sich an jene Lokale zu wenden und unsere Forderung in die Realität umzusetzen.

Protest: Gas=CO2lonialism

von Sebastian Wieser

Am 28.3. waren Aktivist*innen der ISA und ROSA gemeinsam mit tausenden anderen auf der Straße gegen die von der OMV gesponsorte Gas-Konferenz. Auf unserem ROSA-Banner stand „Kapitalismus = Klimakrise – Sozialistischer Feminismus gegen imperialistische Ausbeutung“. Dieses Gipfeltreffen führender Vertreter*innen der Gaslobby zeigt wie so oft, dass Profitinteresse und der schmutzige Ausbau von Öl- und Gasstandorten direkt mit den Krisen anderer Bereiche verbunden ist. Begleitet wurde die Konferenz von Polizeigewalt und Einschüchterungsversuchen und dem Aussperren der Presse. Das zeigt, wie die Polizei zum

Schutz einer kleinen kapitalistischen Elite eingesetzt wird. Wir betonten, dass diese Konferenz ein Symbol für den zerstörerischen Charakter des kapitalistischen Systems ist, und dass wir uns dagegen organisieren müssen. Im Flyer von ROSA mit dem Titel „Ihre Profite = unsere Krisen“ wird klargestellt „Es wird deutlich: Die Frage von Krieg und Frieden und einer gerechten Gesellschaft ist eng mit der Frage von Klimagerechtigkeit verbunden. In einem Wirtschaftssystem, das auf Profite ausgerichtet und von fossilen Energieträgern abhängig ist, wird es niemals Klimagerechtigkeit, Geld für das Gesundheits- und Sozialsystem, Bildung, und eine Chance auf ein friedliches Zusammenleben geben.“



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 312 | 05/2023

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



Foto: Facebook Elke Kahr

LOKAL DIE WELT

VERBESSERN?

von Sonja Bertram

Was haben Parteien wie die KPÖ-Graz, die LINKE, Podemos und Rättvispartiet Socialisterna (ISA in Schweden) gemeinsam? Alle sind sie keine etablierten Parteien. Alle konnten sie vor kurzem Wahlerfolge auf regionaler Ebene erreichen. Das spiegelt das schwindende Vertrauen der Menschen in die etablierte Politik wider. In einer 2020 weltweit in 28 Ländern durchgeführten Studie gaben nur 53% an, dass sie ihrer Regierung vertrauten. In Österreich ergab eine Studie vom Winter 22/23, dass 65% der Befragten den politischen Parteien nicht vertrauten. Die Gründe dafür: die Unfähigkeit der etablierten Politik, adäquat auf Teuerung und Klimakrise zu reagieren, die Korruptheit des Systems etc. Die dadurch entstehende Wut und

Enttäuschung lassen weltweit nach Alternativen suchen.

Inwiefern können aber linke nicht-Establishment Parteien auf kommunaler Ebene Verbesserungen erreichen? Dafür können wir uns beispielhaft das Vorgehen der KPÖ-Graz und der deutschen LINKEN hinsichtlich der rasant steigenden Mietpreise ansehen. Während die SPÖ in Wien die Mieten entlang der „Marktentwicklung“ erhöht hat, hat die Grazer Stadtregierung unter der KPÖ beschlossen, nur um 2% zu erhöhen. Deutlich besser, aber leider zu wenig, denn wenn man in einer privat vermieteten Wohnung wohnt, hat man davon nichts. Um Verbesserungen für alle zu erreichen, ist es auch auf der kommunalen Ebene notwendig, über den kapitalistischen Rahmen hinaus zu denken und zu handeln. Mit dem Aufbau

von Bewegungen von unten kann dieser auch tatsächlich gesprengt werden. Eine, die in diese Richtung ging, ist die Berliner Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Die LINKE in Berlin unterstützte die Kampagne zwar, trug dann aber als Teil der Stadtregierung mit, dass der daraus resultierende Volksentscheid zur Enteignung großer Immobilienkonzerne nicht umgesetzt wurde.

Darin wird eine weitere Gefahr linker Kommunalpolitik deutlich: Der Fehlschluss, Kompromisse einzugehen, um in der Regierung zu bleiben, anstatt dem nötigen „radikalen“ (also Probleme an der Wurzel anpackenden) Programm treu zu bleiben. Denn dann sieht es aus als ob linke Zugänge scheitern, andere Alternativen werden gesucht. Das spielt rechten Parteien in die Hände.

Viele kleine lokale Revolutionen?

Wir leben in Zeiten von multiplen Krisen, Krieg, Inflation, Klimakrise, explodierenden Preisen. Die Grenzen kommunaler Politik müssen von Sozialist*innen im doppelten Sinn gesprengt werden: Indem die von der herrschenden Politik gesetzten Grenzen für Kommunales gesprengt werden. UND indem das große Ganze als zentrales Kampffeld konkret angegangen wird – auch um regionale Errungenschaften zu verteidigen.

von Martina Gergits

Die regionale oder lokale Ebene ist jene, in der Menschen am stärksten und direktesten in der Lage sind, ihre Interessen und Bedürfnisse auszudrücken und zu erkämpfen. Viele linke Wahlerfolge setzen im Bezirk, in der Stadt, in der Region an. Linke Kommunalpolitik ist einerseits eine Chance, weil sie sehr direkt stattfindet und Menschen einbeziehen kann. Sie birgt aber auch das Risiko, den Blick aufs große Ganze zu verlieren. Es ist kein Zufall, dass sich viele Linke, nach Jahren der politischen Arbeit dann auf lokale Projekte konzentrieren. Das spiegelt den Wunsch wieder "Ergebnisse" zu sehen. Verständlich und auch nicht falsch solange man dabei nicht stehen bleibt und die Grenzen sieht.

Die KPÖ stellt seit 2021 die Bürgermeisterin und stärkste Fraktion in Graz. Ihr wurde bereits vorgeworfen für die Schulden der Stadt Graz verantwortlich zu sein. Wobei hier die jahrelang amtierende ÖVP den Schuldenberg angehäuft hat. Die KPÖ hat also nicht nur eigene Projekte sondern musste bereits entscheiden wie mit den Alt-Schulden umgehen? Wie also geht Umverteilung auf kommunaler Ebene? Oder ganz banal gesagt: woher kommt das Geld?

Grenzen und Möglichkeiten kommunaler Politik

Hier zeigt sich auch bereits eine Grenze der kommunalen Politik. In Österreich wird jährlich der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern verhandelt. Die vom Bund eingehobenen Steuern werden auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt, Kompetenzen zu Bildungs- und Gesundheitsbereich etc. werden neu verhandelt. Seit Jahren gibt

der Bund immer mehr Kompetenzen an die Länder, stellt dafür aber nicht mehr Budget bereit. So wird das Budget-Problem an Länder und Gemeinden abgeschoben und grenzt den finanziellen Rahmen für Veränderungen ein. Erschwerend kommt hinzu, dass es beinahe keine kommunalen Steuern in Österreich gibt.

Diese spielten im Roten Wien in den 1920ern eine zentrale Rolle. Die SPÖ führte eine zweckgebundene Wohnbausteuer ein und finanzierte daraus den Bau von Gemeindebauten. Sie war so gestaffelt, dass die teuersten 0,5% der zu vermietenden Objekte 44,5% der Gesamteinnahmen brachten. Eine kommunale Luxussteuer auf Hauspersonal und Luxusartikel wurde eingeführt, diese machte 36% der Steuereinnahmen in Wien aus. Dies sorgte für eine erhebliche Verbesserung der Wohnsituation der Arbeiter*innenklasse und ermöglichte Sozialleistungen in Wien. Es waren wichtige Schritte, wichtige Erfolge – und doch waren sie eigentlich nur der Ersatz für viel mehr. 1918/19 sah eine revolutionäre Massenbewegung die den Kapitalismus hätte stürzen können, sein Überleben erkaufte die Sozialdemokratie auch mit dem Roten Wien. Doch dieses war räumlich begrenzt, der Kapitalismus konnte sich wieder festigen, bewaffnete den österreichischen Faschismus und zerschlug diese kommunale Insel.

Denn die kommunale Ebene kann keine dauerhaften Inseln schaffen, die sich dem kapitalistischen System entziehen. Um sich dem Druck des kapitalistischen Systems entgegenzustellen, reicht es nicht, in einer Stadt oder einem Dorf zu regieren. Das kleine spanische Dorf Marinaleda wird gern als so eine antikapitalistische Oase

beschrieben. Mit kommunaler und kollektiver Verwaltung von Ressourcen von Landwirtschaft bis Wohnraum scheint es, als könnte man sich kapitalistischen Hierarchien und Ausbeutung entziehen. Dies entspricht praktisch dem Konzept der Commons, das Silvia Federici aufstellt, und zeigt damit gleichzeitig deren Schwäche. Das Kollektiv finanziert sich u.a. durch EU-Agrarsubventionen. Wie andere Genossenschaften ist man davon abhängig für das genossenschaftlich produzierte Olivenöl Abnehmer*innen zu finden. Dem Ansturm an Menschen, die aufgrund der Wirtschaftskrise 2007/8 nach Marinaleda kommen wollten wo es im Gegensatz zu restlichen Spanischen Staat keine Arbeitslosigkeit gab, war das kleine Dorf logischerweise nicht gewachsen. Das zeigt, dass sich auch die kleinste Kommune nur bis zu einem gewissen Grad dem kapitalistischen System entziehen kann. Solche Projekte können nur auf Dauer bestehen, wenn sie Teil des Kampfes gegen das gesamte dahinterstehende kapitalistische System werden.



Ein Mandat ist zuwenig – Bewegung aufbauen

Einerseits liefert kommunale Politik den Vorteil, direkte Ergebnisse des politischen Einsatzes zu sehen, birgt aber gleichzeitig die Gefahr, sich darin zu verlieren. In einer globalisierten Welt mit globalen Krisen schwindet der Spielraum für kommunale Politik. Die Klimakrise, und alles was sie mit sich bringt, erfordert zwar Gegenmaßnahmen bis zur kleinsten Kommune, kann aber nicht auf kommunaler Ebene gelöst werden. Kürzungen, Energiekrise, Inflation lassen den Kuchen schrumpfen, aber es ist immer eine politische Entscheidung, wie gesellschaftlicher Reichtum verteilt ist.

der Thatcher-Regierung, man spielte nach eigenen Regeln durch die Kraft der organisierten Arbeiter*innen.

Sozialist*innen schlagen eine Brücke zwischen den „großen Themen“ wie Anhäufung von Reichtum, Eigentumsverhältnissen und den konkreten lokalen Kämpfen um besseren Wohnraum, oder für höhere Löhne im lokalen Betrieb. Erfolge sind nur möglich, wenn linke Regierungen oder Abgeordnete eine starke Basis haben. Nur diese macht es möglich, Druck von „außen“ aufzubauen.

Viele linke Formationen versuchen genau diesen Punkt zu überspringen und schränken damit den Bereich des „Machbaren“ ein. Ohne Mehrheit bleibt dann aber nur Almosenpolitik. Natür-

Wir können den Kapitalismus nicht einfach durch Wahlen oder das Parlament stürzen. Es braucht eine Massenbewegung von Arbeiter*innen und Solidarischen, die bereit sind, sich zu organisieren und für Veränderungen zu kämpfen.“

– Joe Higgins, Abgeordneter von ISA Irland in Stadtrat, Parlament und EU-Parlament

Trotz der harten neoliberalen Linie von Margaret Thatcher beschloss die sozialistische Stadtregierung Liverpool 1983 ein „illegales“ Stadtbudget, um durch bspw. die Schaffung von leistbarem Wohnraum die Lebensbedingungen der von Arbeitslosigkeit und De-Industrialisierung gebeutelten Stadt zu verbessern. Man verweigerte ganz konkret die Sparmaßnahmen der „eisernen Lady“ und gewann das Kräftemessen: Durch eine sozialistische Orientierung und den Versuch der Ausweitung auf Britan-

nien; und durch eine starke eingebundene Basis, die sich mittels Generalstreik in Liverpool klar hinter die Stadtregierung stellte. Man kapitulierte nicht vor den Vorgaben

lich ist es hilfreich, wenn man in einer Notlage die KPÖ-Graz anrufen und um Hilfe bitten kann, oder bei einer „Küche für alle“ eine gratis Mahlzeit bekommt. Die Ursachen dieser Notlagen werden aber so nicht beseitigt. Almosen helfen auch nicht, Menschen zu mobilisieren und gemeinsam Druck aufzubauen.

Dem sozialistischen Wahlsieg 1983 in Liverpool gingen wichtige betriebliche und nachbarschaftliche Kämpfe voraus, in denen Unterstützer*innen unserer Schwesterorganisation eine wichtige Rolle spielten: gegen die Schließung einer Schule, gegen Entlassungen und Privatisierungen bei der Stadtverwaltung, gegen sexuelle Belästigung von Verkäuferinnen durch einen Vorgesetzten. Die Kämpfe erzielten Erfolge und die Beteiligten lernten ihre eigene Macht kennen. Nie war der Ansatz „wählt uns und wir machen es für euch“. Man stand nicht an der Seitenlinie während dieser Kämpfe, sondern trug sie aktiv zusammen.

Egal wie „klein“ die Forderung ist, wo sich Leute organisieren ist es sinnvoll als Sozialist*innen zu intervenieren. Erfolgreiche sozialistische Kommunalpolitik verknüpft lokale Kämpfe gegen beispielsweise Betriebsschließungen oder für die der Schaffung von Parkanlagen mit dem konsequenten Kampf gegen die Wurzel des Problems, das System.



Marx Aktuell: Reform/Revolution

von Bianca Szábo

Rosa Luxemburg schrieb schon 1899 in „Sozialreform oder Revolution“ über die Verbindung von beidem. Reformen sollen die Situation der Arbeiter*innenklasse verbessern. Doch sind sie in einem kapitalistischen System nicht von Dauer: So werden heute in den USA Abtreibungsverbote wieder eingeführt. Deshalb lässt sich der Kapitalismus auch nicht Schritt für Schritt wegreformieren. Luxemburg meinte schon 1899 „die Sozialreform wird in der kapitalistischen Welt eine hohle Nuß bleiben“. Reformen sind beschränkt und unter staatlicher Regulierung. Wenn einzelne Bundesländer eine Energiepreisbremse einführen machen trotzdem private Energiekonzerne weiter Profite. Es braucht die Vergesellschaftung von Energiekonzernen. Der Fisch stinkt sonst weiter vom Kopf her. Es riecht nur weniger danach. Sicher ist auch, dass sich die Klimakrise im Kapitalismus nicht lösen lässt, weil er selbst die Krise schafft.

Die historischen Kämpfe für die Verkürzung von Arbeitszeiten, Frauenwahlrechte und Sozialversicherungen haben wichtige Errungenschaften der Arbeiter*innenklasse gebracht (alle auf Druck von unten, nicht auf Druck der Eliten, wohlbermerkt). Reformen können Verbesserungen erreichen und – vorübergehend und nicht für alle – Härten des Kapitalismus abschwächen. Um diese zu erhalten braucht es aber mehr: Die Reform kann der Beginn, aber niemals das Ende des politischen Kampfes sein. Eine Reform kann auf Dauer nur halten, wenn sich auch die Basis dahinter ändert. Hier schließt Luxemburg den Kreis zur Notwendigkeit der revolutionären Bewegung. Konkret zählen jene, die sich dem revolutionären Kampf anschließen, zu den stärksten Kämpfer*innen auch für Reformen, weil innerhalb und gegen das kapitalistische System gekämpft wird. Das bedeutete für die Arbeiter*innenklasse 1899, das gleiche, was es für uns heute bedeutet: „Erst wenn die große Arbeiter*innenmasse selbst die scharfe zuverlässige Waffe des [...] Sozialismus in die Hand genommen hat, dann werden alle kleinbürgerlichen Anwendungen, alle opportunistischen Strömungen im Sande verlaufen.“



Sozialistische Kommunalpolitik: aber richtig

von Christian Steiner

Der Spielrahmen für Kommunalpolitik ist sehr klein, beschränkt durch den finanziellen Spielraum, aber auch durch das Verständnis, welche Bereiche Kommunalpolitik abdecken sollen. Damit ist z.B. gemeint, dass die KPÖ in Graz sich für die Erlassung eines Gesetzes stark machen könnte, welches die Abschiebung nach Afghanistan verhindert, die KPÖ das aber nicht als Kommunalpolitik ansieht. In Krisenzeiten wird der Gürtel enger geschnallt und somit auch der Spielraum für Kommunalpolitik verkleinert. Um wirkliche Veränderungen zu bewirken, darf man sich gerade dann nicht von formalen bzw. gesetzlichen Rahmen und Regeln aufhalten lassen und muss über die Bildung von Basisbewegungen nachhaltig die Arbeiter*Innenklasse mobilisieren und politischen Druck aufbauen.

„Better to break the law, than to break the poor“

Ein Beispiel für Kommunalpolitik wenn man eine Mehrheit hat ist Liverpool, wo 1983 die Labour Party an die Macht kam. In Liverpool aber war Labour mehrheitlich sozialistisch weil unsere Genoss*innen von „Militant“, der marxistischen Strömung in der Labour Party, die zentrale Rolle spielten.

In einer Zeit in der Thatcher mit harten neoliberalen Kurs gegen die Arbeiter*innenklasse vorging, war Liverpool geprägt von hoher Arbeitslosigkeit. Die Thatcher Regierung hatte massive Sparmaßnahmen verordnet und die Kommunalbudgets um 25%

gekürzt.

Die Stadträte, von Militant angeführt, akzeptierten die Sparpläne nicht und getreu ihrem Motto „Better to break the law, than to break the poor“ (Besser das Gesetz brechen als den Rücken der Armen) blieben Sie ihren Versprechen treu, auch wenn Thatchers Budgetkürzungen sie dazu zwangen Schulden aufzunehmen. Sie investierten in den Bau von 5.000 Wohnungen, mehreren Parks, Sportstätten und Kinderbetreuungseinrichtungen und der von der Vorgängerregierung geplante Stellenabbau von 1.200 Arbeitsplätzen wurde gestoppt und stattdessen 1.000 neue Jobs geschaffen und die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst verkürzt. Die Differenz zwischen den geplanten Ausgaben und dem verfügbaren Budget wurde mittels Kampagne von der Thatcher Regierung eingefordert, die die Kommunalbudgets ja gekürzt hatte. Die Stadtregierung gewann die Konfrontation mit Thatcher, durch Mobilisierung ihrer Basis, die aktiv in die Pläne eingebunden war, sogar ein Generalstreik wurde organisiert.

In Seattle ist Kshama Sawant von ISA in den USA, seit 2013 Abgeordnete im Stadtrat. Sie ist die einzige Sozialistin im Stadtrat und kämpft gegen eine kapitalistische Mehrheit indem sie ihr Amt mit aktiven Bewegungen verbindet. Seattle ist eine der teuersten Städte in den USA, vor allem weil große Konzerne wie Microsoft und Amazon dort ihr Hauptquartier haben. Gemeinsam mit Kshama wurde eine Kampagne zur Einführung eines Mindestlohns von 15\$ gestartet und eine Basisbewegung organisiert,

welche Unternehmen zu einer Abgabe abhängig von deren Beschäftigtenzahl in Seattle verpflichtet.

Sie nutzte ihr Amt zur Unterstützung der Black Lives Matter Bewegung und sprach sich gegen die Polizeigewalt gegen Protestierende aus. Nach der Aufhebung von Roe v. Wade startete sie eine erfolgreiche Kampagne für das Recht auf Abtreibung in Seattle und machte die Stadt zu einem sicheren Zufluchtsort für Menschen aus anderen Staaten die eine Abtreibung wollen.

Bewegungen schaffen Veränderung

In Liverpool wie Seattle kämpfen sozialistische Abgeordnete gegen kapitalistische Gegner*innen, in Liverpool gegen die Thatcher Regierung, in Seattle gegen die Reichen und Konzernbosse. In Liverpool wurde der enge rechtliche Rahmen gesprengt, da anders die benötigten Veränderung nicht durchgeführt werden konnten. Sowohl in Seattle als auch in Liverpool wurde das politische Amt als Bühne genutzt, um Bewegungen aufzubauen oder zu unterstützen, die nicht auf die Kommune beschränkt sind und Veränderungen auf größerer Ebene anstrebten.

Nur durch den Aufbau von Klassenkämpfen können Verbesserungen für die Arbeiter*innenklasse erkämpft werden, egal ob das auf kommunaler oder auf Landesebene ist. Ein politisches Amt soll dazu genutzt werden, die Klasse zu organisieren und Klassenkämpfe über die kommunale Ebene hinauszutragen, denn eine sozialistische Insel kann nicht in einem Meer von Kapitalismus existieren.

Neuaufgabe: „Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?“

von Anna Hiermann

Verschiedene Krisen führen zur Suche nach einer Alternative zum Kapitalismus. V.a. Jugendlichen hat die „freie Marktwirtschaft“ nichts zu bieten als die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Während unsere Eltern darauf hoffen konnten, dass es ihnen einmal besser gehen wird als unseren Großeltern, können wir uns glücklich schätzen, wenn sich unser Lebensstandard nicht verschlechtert. Trotzdem hält die etablierte Politik am Kapitalismus fest. Da stellt sich die Frage: Was ist die Alternative und wie dorthin kommen? Und kann dieser „Sozialismus“ überhaupt funktionieren? Deswegen hat die ISA die 3. überarbeitete Auflage der Broschüre „Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?“ herausgegeben. In dieser werden zehn der häufigsten Einwände gegen den Sozialismus beantwortet. Es werden u.a. Fragen der Individualität, der Demokratie, oder ob der Mensch überhaupt für den Sozialismus gemacht ist aufgegriffen. Zu Wort kommen neben Marx, Engels, Lenin und Trotzki auch Albert Einstein und Oscar Wilde.

„Wollt ihr den Ostblock zurück?“

Ein häufiger Einwand gegen ein sozialistisches System ist die Sowjetunion und das brutale Regime Stalins. Dieses Argument ist auf den ersten Blick verständlich, blendet jedoch die historischen Hintergründe aus, die zum Aufstieg Stalins geführt haben. Eine Studienkollegin versuchte mir zu erklären, es würde immer Menschen geben, die anderen Menschen schaden, ausbeuten und sogar ermorden wollen. Das könne auch ein sozialistisches System nicht verhindern. Hierbei handelt es sich um ein „idealistisches Menschenbild“ im philosophischen Sinne. Idealistisch heißt, der Mensch sei aus sich selbst heraus gut oder böse. Die



Info

„Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?“ 10 Fragen – 10 Antworten. Eine Broschüre der ISA Österreich und SAV Deutschland, 3. Überarbeitete Auflage, 55 Seiten, Preis: 4 Euro (+ Porto).

Ursache bleibt jedoch im Dunkeln.

Jedoch werden Menschen nicht als Massenmörder*innen geboren. Sie werden durch die Gesellschaft zu solchen gemacht. Die stalinistische Diktatur hat ihre Ursache nicht im „bösen“ Charakter Stalins sondern in der Isolation der Sowjetunion, dem Ausbleiben der internationalen Revolution und der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes – mehr dazu in der Broschüre. Als Marxist*innen vertreten wir ein materialistisches Bild auf die Welt. Der Mensch ist weder gut noch böse, sondern seine Entwicklung ist von der jeweiligen materiellen Umwelt abhängig. Selbst die nettesten Menschen können im Kapitalismus zu Bestien werden, um sich ihr Überleben zu sichern. Das greifen wir auch bei Fragen wie „zu faul?“ oder „zu gierig?“ auf.

„Wie kommen wir denn nun zum Sozialismus?“

In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird der Lauf der Geschichte

von getrennten Einzelereignissen bestimmt. Das stimmt jedoch nicht, so schreibt bereits Marx im „Kommunistischen Manifest“: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“ In sofern können wir eine Revolution auch nicht herbeischreiben. Z.B. hat nicht Lenin die Russische Revolution ausgerufen, sondern die russische Arbeiter*innenklasse ist auf die Straße gegangen, um für Brot, Land und gegen den Krieg zu kämpfen. Die Bolschewiki als revolutionäre Partei haben die Revolution zum Erfolg geführt. Ohne der Arbeiter*innenklasse wäre es ihnen aber niemals gelungen. Frage 10 greift daher auf „Wie kann eine Revolution funktionieren“. Insgesamt zeigt die Geschichte, dass es der Organisation bedarf, um den Kampf zu gewinnen. Diese Broschüre ist somit nicht nur reiner Lesestoff (auch wenn es viele Vorschläge zum Weiterlesen gibt), sondern eine Einladung zum gemeinsamen politischen Kampf!

Eurovision: lustige Propaganda-Show

von Noah Koinig

Als der erste "Eurovision Song Contest" (ESC) 1956 stattfand wurden Grundregeln festgelegt, so auch, dass dieser nicht übermäßig politisch sein darf. Deswegen treffen sich auch heuer wieder Menschen zusammen, um einen rein künstlerischen Wettbewerb zu halten, oder? Nein. Jede Bühne wird für politische Statements genutzt, erlaubt sind aber nur die, die dem System passen: So bestimmen die Herrschenden auch kulturelle Veranstaltungen.

Schon Marx sprach von der Macht der Herrschenden in allen Bereichen des Lebens, auch in Kunst und Kultur. Die Herrschenden tun was ihnen nutzt: es gibt keine freie, unpolitische Unterhaltung, denn überall ist die Ideologie der Herrschenden - mehr oder weniger sichtbar - drin. Die Ideologie der Herrschenden ist oft weniger erkennbar, weil sie ist, was wir dauernd und überall vorgesetzt bekommen. Filme, Fernsehen, Musik, Sport und eben auch der ESC: all diese dient zur Erhaltung ihrer Herrschaft.

Natürlich ist so ein europaweiter Wettkampf ein riesen Geschäft für die Herrschenden. Aus diesen Gründen haben sie auch Regelungen durchgesetzt, beispielsweise dass wirtschaftlich starke Länder - wie Deutschland und Britannien - automatisch die Qualifikationsrunde schaffen.

Ideologie der Herrschenden beim ESC

Schon beim Namen Eurovision und bei der Ausführung sieht man einen großen Widerspruch. Wenn es sich um einen europäischen Wettbewerb handelt, warum sind dann Länder wie Israel vertreten? Grund ist die politische Zusammenarbeit zwischen Europa und Israel.

Selbst die „demokratische“ Jury folgt der Ideologie der Herrschenden - in diesem Fall der European Broadcasting Union (EBU). Diese dient als

Mittel zur Kontrolle. Vor 20 Jahren war "Mitbestimmung" hip und die Bevölkerungen erhielten volle Abstimmungsmöglichkeiten im Finale. Das führte aber zu Vorfällen, die nicht zur "heilen Welt"-Ideologie passten, wie Spaßnummern oder eine Heavy Metal Band als Gewinner und führte wieder zu strengerer Kontrolle. Ab 2008 wurde die Jury wieder eingeführt und erhielt 50% des Stimmrechts. Begründung war, dass die "Jury als Gegengewicht zu Punkteschiebereien unter Nachbarländern" fungiert - während die

finalen Version herausgeschnitten.

Der ESC hat eine lange Geschichte an Rainbow-Washing und wird gern als „Gay-Christmas“ bezeichnet. Das hat nichts damit zu tun, dass sich die EBU aktiv für LGBTQ+ Rechte einsetzt, sondern nur um ihnen ein queeres Image zu geben. Am ESC nehmen jährlich mehrere Länder mit starker anti-LGBTQ+ Politik teil, wie Polen und Ungarn. Ein Wettbewerb, der "queere Identität zelebriert", wird aber nicht als Plattform genutzt, um sich gegen Homophobie auszusprechen.

Info

Eurovision und Russland haben eine lange Beziehung. Nachdem Russland wieder Teil der kapitalistischen Welt wurde ist es seit 1994 jedes Jahr beim ESC vertreten. 2022 wurde Russland zum ersten Mal vom Wettbewerb ausgeschlossen von der EBU aufgrund des Krieges in der Ukraine. In der Vergangenheit wurde bei

kriegerischen Auseinandersetzungen Russlands weggeschaut: so auch beim Georgienkrieg in 2008 - Russland war sogar im folgenden Jahr Austragungsort des ESC - oder bei der Annexion der Krim. Es handelt sich also nicht um Friedenspolitik des ESC sondern um geopolitische Interessen.

Jury selbst gerne Punkteschieberei bei politischen Beziehungen macht, wie Griechenland und Zypern. Die Jury bestand nun aus "Expert*innen", die von der EBU gestellt wurden. Zusammengefasst hatte die Bevölkerung bei einem „demokratischen“ Wettbewerb das gleiche Stimmrecht wie die EBU selbst.

Die Ideologie der Herrschenden wird gern unter dem Vorwand, „unpolitisch“ zu sein, durchgesetzt. So wurden in der Vergangenheit Songs verboten, da sie zu „politisch“ waren: Auch politische Taten allgemein wurden bestraft. Die österreichische Politband Schmetterlinge wurde 1977 für "Boom Boom Boomerang" das die Musikindustrie kritisiert, abgestraft. Und auch 2019 in Israel: Die isländische Band Hatari zeigte im Finale eine palästinensische Flagge, um auf den Israel-Palästina Konflikt aufmerksam zu machen. Daraufhin bekam die Band eine Geldstrafe und der Vorfall wurde aus der

Der Grund ist, dass Länder wie Polen wirtschaftliche und politische Bündnispartner sind und man will ja nicht die Partner verärgern.

Kritik bei Kunst und Kultur

Jede Art von „unpolitischer“ Kunst läuft streng nach der Ideologie der Herrschenden. Und diese bestimmen auch, was als politisch gilt und was nicht - so ist die Kritik an Israel von Hatari zu politisch, aber Kritik gegenüber dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine ist erwünscht. Aus diesem Grund kann die EBU trotz all der politischen Botschaften am ESC jedes Jahr unterstreichen, dass der Songcontest nicht politisch sei - und damit ihre Ideologie der unpolitischen Kunst verbreiten. Aus diesen Gründen soll jeder Mensch kulturellen Veranstaltungen durchaus mit Kritik gegenüberstehen.

Streiken ist politisch

beide Artikel von Oliver Giel

Eine seit langem nicht gesehene Welle von Streiks rollte durch die Arbeitsstätten und Straßen der Welt. Was im Oktober 2020 als „Striketober“ in den USA begann hat längst große Teile der Welt ergriffen: Beschäftigte die sich immer weniger damit abfinden, für immer weniger Geld immer mehr zu arbeiten. Sie legen die Arbeit nieder und gehen auf die Straße. In Frankreich wird teilweise militant gegen die „Pensionsreform“ gestreikt. In Britannien sind große Teile von Verkehr, Gesundheits- und Bildungswesen und der öffentliche Dienst betroffen. In Israel stoppte ein Generalstreik die „Justizreform“. Ein bislang einmaliger Vorgang auch weil der Gewerkschaftsbund Histadrut, noch streikfauler als der ÖGB, von unten zu Massenprotesten und sich ausweitenden Streikaktionen gezwungen wurde.

Auch in Deutschland streikt man: Post, Bahn und Krankenhausbeschäftigte kämpften für höhere Löhne, es folgten die Beschäftigten von Galeria und IKEA. Am 8. März – dem Frauenkampftag – waren tausende



Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen auf der Straße und haben für bessere Bezahlung und bessere Personalschlüssel protestiert. Seit Jahren gibt es weltweit Streiks gegen Personalmangel in der Pflege, Arbeitsbedingungen bei Lieferdiensten oder für bezahlten Urlaub und Krankenstand für Zugführer*innen in den USA. Einige dieser Streiks werden von kämpferischen Gewerkschafter*innen organisiert, andere von neu gegründeten betrieblichen oder gewerkschaftlichen Strukturen.

All dies sprengt zunehmend den Rahmen wirtschaftlicher Forderungen. (was heißt dieser Satz?) Die Gründe: ein nicht zuletzt durch Corona gewachsenes Selbstbewusstsein. Das

Verständnis dass miese Löhne und Armut einem geradezu obszömem Reichtum gegenüberstehen. Und: Wirtschaftliche Krisen verschärfen immer die Interessenskonflikte zwischen Beschäftigten und Bossen. Zusätzlich sinkt die Rentabilität. Lieferkettenprobleme und die steigenden Energiekosten erhöhen die Produktionskosten und senken den Profit, wenn nicht die Löhne gesenkt, die Arbeitszeit verlängert oder die Preise erhöht werden. Proteste für mehr Personal, gegen die hohen Preise und gegen die Klimakrise stoßen fast unmittelbar an die Grenzen des – angeblich – „machbaren“. Was wir brauchen wird also im Rahmen des Systems zunehmend „unmöglich“.

Der Staat ist nicht unser Freund

Die prekäre Lage der Wirtschaft lässt immer weniger Raum für Zugeständnisse. Die Probleme sind wie die Lösungen eher global als lokal. Selbst kleinere Forderungen werden da zu „Systemfragen“.

Da kommt dem Staat eine bedeutende Rolle zu. Er ist das Instrument um die Situation zu befrieden und die Interessen des Kapitalismus zu sichern. Und dazu steht er deutlich auf der Seite des Kapitals. Das haben wir gesehen, als Joe Biden, der selbst erklärt „gewerkschaftsfreundlichste US-Präsident der Geschichte“ den

Streik von Zugführer*innen letzten Dezember verboten hat.

Er wird autoritär umgebaut, wie wir in Polen, Ungarn, Russland, der Türkei und Israel/Palästina sehen. Solche Regimes, häufig gestützt auf eine Schicht von Kleinunternehmen und aggressiven Nationalismus oder religiösen Fundamentalismus, versuchen die Kontrolle über die Krisen zu behalten. In Frankreich wurde die Pensionsreform am Parlament vorbei durchgedrückt, in Norwegen und Britannien sollen Streiks untersagt werden wenn es um „Schlüsselbereiche“ geht und

auch in Österreich sichern sich die Herrschenden Durchgriffsrechte.

Wer sich für soziale Rechte einsetzt ist oft mit Repression konfrontiert. Darum geht es in vielen der aktuellen Streiks nicht nur um Forderungen wie höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Die Streikwelle ist ein entschiedener Kampf gegen die Angriffe auf soziale und demokratische Rechte. Die Streiks zeigen auch, welche Macht die Arbeiter*innen haben, wenn sie kämpfen. Und das macht Regierungen und Unternehmen Angst – zu Recht!



Türkei: Erdogan vor dem Ende?

von Kimi und Christoph

Am 15. Mai finden in der Türkei sowohl Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen vor dem Hintergrund von Erdbeben und anhaltenden wirtschaftlichen Problemen statt. Obwohl sich Erdogan noch immer als „starker Mann“ präsentiert, bekommt dieses Image immer größere Risse und die brutale Realität seiner reaktionären und brutalen kapitalistischen Politik wird sichtbarer. Schon vor dem Erdbeben spitzten sich die wirtschaftlichen Probleme zu, die Inflation erreichte 50% – besonders bei Nahrungsmitteln. Unmut steigt und verwandelt sich auch in Widerstand – 2022 entwickelte sich trotz Repression eine wachsende Streikbewegung.

Aber v.a. die Reaktion auf das Erdbeben hat das Regime sogar in den Augen vieler Unterschützer*innen der Regierungsartei AKP entlarvt. In der direkten Reaktion verhinderte Erdogans Machtpolitik effektive Hilfe und das Ausmaß der Zerstörung zeigt die Verbrechen der eng mit Erdogan verbundenen Baulobby.

Kleineres Übel = Übel

Politisch stehen sich 2 Blöcke gegenüber: einerseits das breite Sechsparteienbündnis um die liberal-nationalistische CHP, dessen zentrale Gemeinsamkeit „alles außer Erdogan“ ist; andererseits Erdogans Bündnis, das neben der AKP auch die ultranationalistische MHP und die islamistische BBP beinhaltet.

Das Erdogan-Regime wird immer gefährlicher, umso mehr es unter Druck gerät: um sich an der Macht zu halten, setzt es auf die rechtesten Kräfte und intensiviert Angriffe auf nationale Minderheiten und Frauen. Es gab unmittelbar nach dem Erdbeben militärische Angriffe auf kurdische Gebiete und sowohl MHP als auch BBP wollen letzte noch verbliebene Regeln zum Schutz vor Gewalt an Frauen abschaffen. Man darf auch nicht davon ausgehen, dass Erdogan – ähnlich wie Trump oder Bolsonaro – bei einer Wahlniederlage seine Position einfach räumt bzw. wie „fair“ die Wahlen ablaufen. Aktuell sitzen z.B. unzählige Vertreter*innen der linken und kurdischen HDP im Gefängnis.

Eine Alternative kann nur von unten kommen

Aber das Bündnis um die CHP ist nur eine begrenzte Alternative zum Erdogan-Block. Selbstverständlich atmen bei einem Regimewechsel Millionen türkische Arbeiter*innen, Jugendliche und Frauen auf. Aber die CHP ist keine echte Alternative, das zeigt sich besonders bei der Frage der Unterdrückung

der kurdischen Bevölkerung: die CHP und andere Parteien aus dem Oppositionsbündnis unterstützen Unterdrückung und Militäreinsätze in kurdischen Gebieten. Und: dieses Bündnis ändert auch nichts an der Orientierung des türkischen Kapitalismus, die immer mehr Menschen in die Armut treibt. Eine neue Regierung, die die Lebensrealität der Bevölkerung nicht tatsächlich verbessert, würde dadurch auch den Boden für die Rückkehr der AKP oder noch reaktionärer Alternativen bereiten.

Ähnliches sehen wir in Lateinamerika, wo das Scheitern von mitte-links-Regierungen, die nicht mit der kapitalistischen Logik brechen, die extreme Rechte immer wieder erstarben lässt. Eine echte Alternative zu Armut, Unterdrückung, Krieg und Nationalismus in der Türkei liegt im Bündnis mit Widerstand in der Region, im Iran, Afghanistan, Irak gegen repressive Regime. Liegt in der Ausweitung der Streiks, liegt in der Organisation von unten von sowohl türkischen als auch kurdischen Arbeiter*innen, Frauen und Jugendlichen gegen Repression und gegen kapitalistische Ausbeutung.

Info

Nach dem Erdbeben ließ Erdogan, um Kritik zu verhindern, soziale Medien sperren, was Rettungsmaßnahmen erschwerte. Es gab deutlich weniger Hilfe für Gebiete, in denen es Opposition zum AKP-Regime oder einen größeren

kurdischen Bevölkerungsanteil gibt. Der Wirtschaftsboom unter der AKP-Regierung ist eng verbunden mit einem Bauboom. Dabei hat die Bauindustrie u.a. durch schlechte Qualität riesige Profite erwirtschaftet.

USA: Arbeiter*innen schlagen zurück

von Margarita Wolf

„Es gibt ein Vakuum an echter linker Führung, auf lokaler und nationaler Ebene“, beschreibt Kshama Sawant die Situation in den USA. Gemeinsam mit Socialist Alternative (SA, Schwesterorganisation der ISA) gründete sie im März die Initiative „Workers strike back“ (WSB). Die Stadträtin aus Seattle nutzt ihre Bekanntheit, um eine linke Arbeiter*innenbewegung mit aufzubauen. Der Kongress hatte im Herbst 2022 den Streik der Eisenbahner*innen niedergeschlagen – das mit Hilfe linker Demokrat*innen. Dieser Verrat zeigt einmal mehr, warum der Aufbau einer neuen, unabhängigen Bewegung notwendig ist. Eine Forderung der WSB-Initiative ist: „Keine Ausverkäufe mehr – wir brauchen eine neue Partei“. Gleichzeitig stellt WSB aber auch Forderungen gegen Rassismus, Sexismus und andere Unterdrückungen, sowie für leistbaren Wohnraum und Gesundheitsversorgung auf.

Die Basis dafür ist das wieder erwachte Selbstvertrauen der Arbeiter*innenklasse und der Jugend in



den USA. Es begann mit dem „Striketober“ (Streik-Oktober Anm. d. Red.) 2021 und zeigt sich in der Organisation von Beschäftigten bei Starbucks, an den Universitäten und bei der Bahn. Am JFK8 (ein wichtiges Logistikzentrum) in New York haben Arbeiter*innen bei Amazon zum ersten Mal erfolgreich eine Gewerkschaft gegründet und das gegen den Druck der lokalen Bosse. Der historische Sieg war der Beginn einer Reihe von Initiativen an weiteren Amazon Standorten. Auch in Starbucks Filialen kommt es landesweit zu Organisationen an der Basis, die WSB unterstützt. Mit diesen Entwicklungen einher gehen Streiks

in den verschiedensten Branchen, die zusammengeführt werden müssen, z.B. an den Universitäten in Kalifornien. Um die Forderungen „Gute gewerkschaftliche Arbeitsplätze für alle“ und „Beschäftigte brauchen eine echte Lohnerhöhung“ herum versucht genau das das Banner WSB. Außerdem haben WSB-Aktivist*innen gemeinsam mit Beschäftigten Streikposten bei American Airlines aufgestellt und an der Seite von Journalist*innen bei NBC gegen Entlassungen gekämpft.

socialistalternative.org
workersstrikeback.org

Irland: Sozialistin wird Unite-Vorsitzende

von Celina Brandstötter

Die irische Gewerkschafterin und Mitglied der Socialist Party (ISA in Irland), Susan Fitzgerald wurde Anfang März als erste Frau zur irischen Regionalvorsitzenden der britisch-irischen Gewerkschaft „Unite“. Diese Entwicklung ist ein Meilenstein in der irischen Gewerkschaftsbewegung und Vorbild für kämpferische Gewerkschafter*innen. Susans sozialistische Grundhaltung spiegelt sich offen in ihrer Arbeit als Gewerkschafterin wider. Ein besonders beeindruckendes Beispiel ihrer Arbeit ist ihre führende Rolle in der wochenlangen Betriebsbesetzung durch Beschäftigte und Gewerkschafter*innen der insolventen Werft „Harland & Wolff“ in Belfast 2019. Dieser Arbeitskampf konnte die

Arbeitsplätze erfolgreich verteidigen.

In ihrer Rolle als Vorsitzende sieht Susan nicht nur die Notwendigkeit für kämpferische Betriebsarbeit, sondern diese auch mit gesellschaftlichen Fragen der irischen Arbeiter*innenklasse zu verbinden: wie z.B. Kämpfe um leistbares Wohnen, Klimagerechtigkeit, LGBTQI-Rechte, Anti-Sexismus- und, Anti-Teuerung-Kampagnen oder dem Kampf für Arbeiter*inneinheit jenseits nationaler und religiöser Grenzen. Gerade in Nordirland mit einer Geschichte von nationaler Spannungen ist die Verbindung von Kämpfen und die aktive Rolle der Arbeiter*innenklasse die Basis für eine erfolgreiche Gewerkschaftsbewegung.

socialistparty.ie



Italien 1919/20:

„Alle Macht den Räten!“

von Jan Millonig

Mit Ende des 1. Weltkrieges und inspiriert von der Machtübernahme der Sowjets (Arbeiter*innen- und Soldatenräte) in Russland im Oktober 1917 entwickelten sich in vielen Ländern Rätebewegungen. Im Gegensatz zu Russland gelang es diesen nirgends, den Kapitalismus zu stürzen. Überall dort rettete die Führung der Sozialdemokratie die herrschende Klasse, indem sie sich gegen die revolutionären Anstrengungen stellte. Hinzu kam die Schwäche der Führungen der neugegründeten kommunistischen Parteien in den sozialen Auseinandersetzungen der folgenden Jahre sowie die Entwicklung des Stalinismus. All das verhalf dem Faschismus zum Aufstieg.

Die Massenbewegung im „Biennio Rosso“, den „zwei roten Jahren“ im Italien 1919–20 ist ein Beispiel an diesem Scheidepunkt der Geschichte. Bis zu 2,5 Millionen Arbeiter*innen beteiligten sich an Streiks. Der Höhepunkt war die Besetzung der Mehrheit der metalltechnischen Industriebetriebe in Norditalien durch eine halbe Million Beschäftigte. Unter der Losung „Machen wir es wie in Russland!“ gründeten sich schnell landesweit Fabrikkomitees, wobei Turin ein Zentrum der Bewegung bildete.

Zwei Formen der Macht existieren gleichzeitig

Die Sozialistische Partei Italiens (PSI) und der Gewerkschaftsverband verzeichneten enormen Mitgliederzuwachs. In der PSI waren revolutionärer Flügel, Schwankende („Zentrist*innen“) und

Reformist*innen (die auf einen parlamentarischen Weg setzten) vereint. Die „Zentrist*innen“ legten eine revolutionäre Rhetorik an den Tag, die die Massen immer weiter ermutigte, aber scheuten davor zurück dieser auf Basis der realen revolutionären Lage Taten folgen zu lassen. So blieb die Führung der PSI weitgehend untätig und verzichtete darauf, sich konkret für die volle Machtübernahme durch die Arbeiter*innenklasse einzusetzen. Das führte zur widersprüchlichen Situation, dass die (Land-) Arbeiter*innen an vielen Orten zwar die Wirtschaft kontrollierten und sich gegen Regierungstruppen, Rechte und die Besitzenden verteidigten, aber die bürgerliche Regierung trotzdem noch die Staatsmacht inne hatten.

Eine treibende Kraft der Rätebewegung in Turin und Kopf der revolutionären Opposition in der PSI war der Marxist Antonio Gramsci. In der Wochenzeitung „L'Ordine Nuovo“ („Neue Ordnung“) zog er die Lehren der Sowjetrevolution in Russland und machte klar, dass die Fabrikräte den Embryo einer sozialistischen Gesellschaft darstellten, aber diese zur Organisation der gesamten Gesellschaft ausgeweitet werden müssen.

Auch in jüngsten Bewegungen zeigt sich, dass die Bildung von lokalen (Fabriks)Komitees selbst noch nicht den Sturz der Gesellschaftsordnung bringt, v.a. wenn sie nicht die Kontrolle über die Wirtschaft erreichen. Sowohl in Bosnien 2014 als auch im „Arabischen Frühling“ 2010 oder im Sudan 2018 bildeten sich Komitees zur Organisation des täglichen Lebens in Fabriken und Stadtvierteln. Und selbst wo es eine

„Vernetzung“ gab fehlte eine zentrale Organisation und Planung, um über die lokale Ebene hinaus die Kontrolle über die Gesellschaft zu übernehmen.

Erfolgreiche Revolution braucht Räte & Partei

Dazu braucht es eine politische Kraft, die bereit ist mit dem alten System zu brechen. Gramsci rief die PSI auf, die Revolution koordiniert in ganz Italien und auch auf politischer Ebene zu vollziehen. Leider blieb er damit in Turin isoliert.

So bewahrheitete sich seine Prophezeiung, „entweder die Eroberung der politischen Macht durch das revolutionäre Proletariat für den Übergang zu neuen Produktions- und Verteilungsformen oder eine gewaltige Reaktion der Grundbesitzerklasse“, im negativen. Die Bewegung fand 1920 ihr Ende nachdem die Regierung drohte sie niederzuschlagen und die Partei- und Gewerkschaftsführung einen Deal mit den Kapitalist*innen schloss. Weitere Aufstände wurden von Regierung und Unternehmen mit Hilfe von rechten Banden immer stärker angegriffen bis schließlich der Faschismus die Arbeiter*innenbewegung endgültig ausschaltete. Auch im Sudan, Tunesien und Ägypten kamen nach der Niederlage der revolutionären Bewegungen wieder brutale Regimes an die Macht. Auch wenn Gramscis Schlüsse danach teilweise die Hürden einer Revolution „im Westen“ überschätzten, gründete er in Folge die Kommunistische Partei Italiens, um weiter für einen revolutionären Kurs zu kämpfen.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 312 | 05/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



GESUNDHEIT

STATT PROFIT!

AUS DEM INHALT

» Der **Songcontest** ist nur scheinbar unpolitisch – und in Wirklichkeit ein Instrument zur Verbreitung der herrschenden Ideologie **Seite 14**

» Die **Wahlen in der Türkei** finden vor dem Hintergrund einer tiefen Wirtschaftskrise und wachsendem Unmut statt. **Seite 16**

» **Linke Kommunalpolitik** wird als Möglichkeit gesehen und hat doch sehr viele Grenzen, wenn man sich an die Spielregeln hält. **Schwerpunkt**